



# **Lebenswerte Städte und Dörfer im Kontext des demographischen Wandels**

Prof. Dr. Timothy Moss  
IRI THESys, Humboldt-Universität zu Berlin

Vortrag für Agenda 21 Oranienburg, 13.10.2016



# Gliederung



1. Lebensqualität und nachhaltige Entwicklung: Wie passt das zusammen?
2. Der Handlungsschwerpunkt „Lebenswerte Städte und Dörfer“ in der Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs
3. Daseinsvorsorge neu denken: der Ansatz der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)
4. Eine bedürfnisorientierte Daseinsvorsorge: vertiefende Überlegungen des Beirats
5. Fazit: Ziele für die Verbesserung der Lebensqualität



# 1. Lebensqualität und nachhaltige Entwicklung



- Daseinsvorsorge und nachhaltige Entwicklung: Wie passen sie zusammen?
  - Daseinsvorsorge = „Sicherstellung von Grundbedürfnissen und die Schaffung von Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Lebensführung“ (ARL 2016)
  - Nachhaltig ist eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ (Brundtland-Bericht 1987)



- Lebensqualität ein Handlungsschwerpunkt der Empfehlungen des Beirats (2013) und der Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs (2014): warum?
  - Handlungszwänge:
    - Veränderte Rahmenbedingungen: u.a. demographischer Wandel, Finanzknappheit des Staates, steigende Energiepreise, Klimawandel
    - Grenzen der Aufrechterhaltung bisheriger Formen der Daseinsvorsorge und bestehender Infrastrukturen
  - Handlungschancen:
    - Neue Formen der zeitgemäßen und räumlich angepassten Daseinsvorsorge
    - Wohlfahrt und Wohlbefinden für alle Menschen in allen Teilräumen als zentrales Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie
    - Mitgestaltung und Teilhabe als wichtige Komponenten einer nachhaltigen Daseinsvorsorge



## 2. „Lebenswerte Städte und Dörfer“ in der Nachhaltigkeitsstrategie



„Lebensqualität basiert auf einer angemessener Befriedigung von Grundbedürfnissen, der Vermittlung von Kompetenzen und der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ (S.32)

Ausgangslage: Demographischer Wandel >>> Rückgang der Nachfrage nach sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastrukturen im berlinfernen Raum

- Wie gleichwertige Lebensverhältnisse unter veränderten Bedingungen erreichen?
- Wie Daseinsvorsorge anpassen, dass sie finanzierbar bleibt und in allen Teilräumen hohe Lebensqualität ermöglicht?
  - Kulturwandel der Beteiligung: Stärkung der AkteurInnen vor Ort, Staat als „Ermöglicher“
  - Flexibler Rechtsrahmen: Stärkung der Handlungsspielräume der Kommunen
- Exemplarische Handlungsfelder: Mobilität, Siedlungswasserwirtschaft, gesundheitliche Versorgung, sozialer Zusammenhalt – alle mit Zielstellungen und konkreten Maßnahmen (S.36-44)



## Umsetzungsschritte / „Good practices“



- „Marktplatz der Möglichkeiten“ mit ausgezeichneten Demographie-Projekten jeden Monat seit 2009  
<http://www.demografie.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.138491.de>
- „Starke Städte – innovatives Land“: Initiativen der Landesregierung,  
<http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.170176.de> unter dem Motto „Lebensqualität auf neue Art sichern“, z.B.
  - Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“
  - Forum ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg
  - Stadt-Umland-Wettbewerb:
    - U.a. „Tor zum Norden – Region Obere Havel in Bewegung“ mit Oranienburg (Leadpartner): „Die Strategie fokussiert auf die Bereitstellung zukunftsfähiger und darüber hinaus zunehmend klimafreundlicher Infrastruktur-, Mobilitäts- und Versorgungsangebote (...). Im Mittelpunkt der Strategie steht die Verbesserung der Erreichbarkeit von Stadt und Umland, um Versorgungs- und Infrastrukturangebote besser zu vernetzen.“
- Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ <https://www.landtag.brandenburg.de/de/700749>
  - 1. Planungsrecht und Siedlungsstrukturentwicklung
  - 2. Regionale Wertschöpfung und Beschäftigung
  - 3. Digitale und technische Infrastruktur und Dienstleistungen, Mobilität
  - 4. Soziale Infrastruktur und Dienstleistungen
  - 5. Gesellschaftliche und politische Teilhabe
  - 6. Querschnittsthemen / Zusammenfassung / Schlussfolgerungen





### 3. Daseinsvorsorge neu denken: der Ansatz der (ARL)



#### **Problemanalyse:**

Tragfähigkeit von Infrastrukturen gefährdet: in strukturschwachen, von Abwanderung betroffenen, dünn besiedelten und funktional peripheren Räumen

- Hohe spezifische Netzlängen, hohe spez. Kosten, Folgeprobleme durch Unterauslastung
- Verstärkt Vulnerabilität einkommensschwacher und hilfebedürftiger Individuen und Gruppen



## 6 zentrale Forderungen der ARL



1. Daseinsvorsorge in Koproduction erbringen
  - Nur im Zusammenspiel staatlicher, kommunaler, zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Akteure möglich
2. Daseinsvorsorge als Herausforderung für alle Teilräume
  - Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielen, sondern in ihren Besonderheiten und Verflechtungen betrachten
3. Daseinsvorsorge stärker an Wirkung als an Ausstattung orientieren
  - Standards künftig für Outcomes/Leistungen (gute Bildung, körperliche Unversehrtheit etc.), nicht Inputs/Strukturen bestimmen
4. Mindestversorgung flächendeckend sichern
  - Grundlegende Mindeststandards für z.B. Brandschutz, Gesundheit, Bildung, Mobilität
5. Aufgabe von Siedlungseinheiten ergebnisoffen diskutieren
  - In Ausnahmefällen, wo Mindeststandards nicht einzuhalten
6. Bestehende Umsetzungsdefizite angehen
  - Vorhandene Instrumente (z.B. Bauleitplanung, Regionalplanung) nicht konsequent eingesetzt





## Instrumenten zur Sicherung der Daseinsvorsorge (ARL 2016)



Instrumententypus	Wirkungsweise	Beispiele
Rechtliche und verbindliche Instrumente	Ge- und Verbote, Anweisungen	Universaldienste, Landes- und Regionalplanung, verbindliche Fachplanung
Investive Instrumente	Finanzielle Transfers, Bau und Betrieb von Infrastrukturen	ELER, EFRE, ESF; Finanzausgleiche, Bürgerhaushalte
Finanzielle Anreize	Marktliche Steuerung	Europäische Förderinstrumente, städtische Verfügungsfonds
Informative Instrumente	Informieren, Motivieren, Überzeugen	Demographieberichte, Szenarien, Netzwerke des Austausches
Prozessorientierte Instrumente	Offene Prozessgestaltung, informelle planerische Instrumente	Informelle Fachplanung, regionale Entwicklungskonzepte
Kontextänderungen	Organisatorische/technische Änderungen	Koproduktion von Leistungen, regionale Differenzierung von Standards, Rückbau



## 4. Eine bedürfnisorientierte Daseinsvorsorge: der Ansatz des Beirats



- Ziel:
  - angemessene Befriedigung von Grundbedürfnissen, bedarfsgerechter Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, Vermittlung von Kompetenzen, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
  - „Wir wollen schon heute die Möglichkeiten dafür schaffen, dass sowohl heute als auch morgen die Bedürfnisse der Menschen in Brandenburg adäquat befriedigt werden können!“
- Weg:
  - Perspektivwechsel von angebots- und ausgabenorientierter Politik hin zu bedürfnis- und personenorientierten Planungen, z.B.
    - Verbesserung der Mobilität statt Ausbau einer Umgehungsstraße
    - Sicherung der Krankheitsvorsorge vor Ort statt Bau eines Krankenhauses
    - Gewährleistung warmer Wohnungen statt Produktion von Wärme
  - Erfordert einen klugen Umgang mit Ängsten vor einem Rückzug des Staates
  - Erfordert größere Bereitschaft für die Mitverantwortung in Bevölkerung
  - Erfordert kreative Lösungen von Politik und Verwaltung



## Von der Bedarfsanalyse zu neuen Ansätzen



1. Offenlegung künftiger Herausforderungen und deren Auswirkungen (finanziell, organisatorisch etc.) auf bisherige Formen/Strukturen der Daseinsvorsorge
2. Analyse über heutige und zukünftige Defizite und Bedarfe („Stresstest“ auf Landkreis bzw. Gemeindeebene)
3. Vermeidung irreversibler Ansätze und potentieller Fehlinvestitionen mit negativen Langzeitwirkungen
4. Prüfung der Übertragbarkeit modellhafter Formen der Daseinsvorsorge (s. erfolgreiche Fälle in Bbg, D, Ausland)
5. Entwicklung alternativer, tragfähiger Konzepte mit ressortübergreifendem Anspruch inkl. Kostenverteilung („Drehbücher“ für das Handeln)
6. Nutzung günstiger „Zeitfenster“ für die Umsetzung (z.B. Energiewende, neue EU-GAP, ...)



### „Business as usual“:

- ständig steigende Kosten für Auto-, Bus- und Bahnfahrer bei gleichzeitigem Rückgang des ÖPNV-Angebots in strukturschwachen Räumen

### Alternativansatz:

- Bedarfsanalyse über künftiges Fahr- und Verkehrsverhalten unter plausiblen Annahmen zu Preisentwicklung, Mobilitätsbedarfe etc.
- Prüfung/Diskussion der Anwendbarkeit alternativer Modelle (z.B. Bürgerbusse, Elektroautos, Sozialticket) bzw. der Verbreitung nachahmenswerter Beispiele aus Brandenburg (z.B. KombiBus, Projekt JugendMobil, Integrierte Mobilitätsagentur Potsdam Rufbus in Märkisch-Oderland)



## Beispiel medizinische Versorgung



„Business as usual“:

- Ärztemangel und ausgedünnte Versorgungsstrukturen aufgrund reduzierter Rentabilität bei gleichzeitiger Steigerung der Nachfrage nach besonderen Gesundheitsdienstleistungen für ältere PatientInnen

Alternativansatz:

- Flexible und integrierte Lösungsansätze sowie mehr Eigenverantwortung
- Bedarfsanalyse über Erreichbarkeit medizinischer Dienstleistungen vor dem Hintergrund plausibler Annahmen künftiger Bedingungen
- Prüfung/Diskussion der Anwendbarkeit vorhandener Modellprojekte und innovativer Vorgehensweisen (z.B. langfristige Bindung bzw. Ausbildung von Ärzten, Telemedizin, Gemeindeschwester, mobile Sprechstunden, abgestimmte Nahverkehrspläne)



## Beispiel wasserwirtschaftliche Dienstleistungen



### „Business as usual“:

- Unterauslastungen von Kläranlagen und Kanalisation, fallende Einnahmen, steigende spezifische Kosten, Mehraufwand für technische Anpassungen und Sanierung

### Alternativansatz:

- Systematische und ergebnisoffene Aufarbeitung von Problemlagen und Handlungsoptionen – im Dialog zwischen Aufgabenträgern, Behörden und Bürgern (siehe Leitbildprozess „Zukunftsfähige Wasserver- und Abwasserentsorgung“)
- Prüfung der Anwendbarkeit von Alternativen, z.B.
  - Technisch: Differenzierungen im Grundangebot nach Verwendungszwecken (z.B. Löschwasser, Gartenbewässerung), dezentrale und semizentrale Technikooptionen, die Rückgewinnung von Energie und Inhaltsstoffen aus Abwasser
  - Organisatorisch/finanziell: interkommunale Organisationsmodelle, Beratungsleistungen durch kompetente Partner, Tandems mit Vorreiterverbänden





## 5. Fazit: Ziele für die Verbesserung der Lebensqualität



### **Acht (noch geltende) Forderungen des Beirats für Nachhaltige Entwicklung:**

1. Entwicklung von Mindeststandards für die tatsächliche Erreichung von grundlegenden Versorgungsleistungen (z.B. Hausarzt, Lebensmittelgeschäft, Schule, Apotheke) im Mobilitätsbereich
2. Systematische Auswertung der Bedingungen erfolgreicher Organisationsmodelle der interkommunalen Zusammenarbeit in der Daseinsvorsorge, mit Empfehlungen für deren Übertragbarkeit
3. Vermittlung und Verbreitung erfolgreicher Modelllösungen der bedarfsgerechten und räumlich angepassten Daseinsvorsorge anhand themenspezifischer *road maps*
4. Offensives Werben für kreative Lösungen der Daseinsvorsorge und experimentelle Spielräume in Kommunen mithilfe von Öffnungsklauseln (z.B. im Rahmen des verlängerten Standarderprobungsgesetzes und des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge)



5. Einrichtung eines Coaching-Programms zwischen Vorreiterkommunen bzw. -einrichtungen einerseits und Gemeinden mit besonderem Handlungsbedarf andererseits, um Lernprozesse in Tandems zu fördern
  6. Finanzielle und ideelle Unterstützung bürgerschaftliches Engagement bei der Sicherung bzw. Ergänzung der Daseinsvorsorge vor Ort (z.B. Bürgerbusse, Bioenergiedörfer, generationsübergreifende Nachbarschaftshilfe)
  7. Einführung eines Demografiechecks bei Infrastrukturentscheidungen, analog zum bestehenden Verfahren in der Wasserver- und Abwasserentsorgung
  8. Einführung eines Monitoring-Verfahrens zur Prüfung des Zielerreichungsgrads
- Einrichtung einer Kommission zur Entwicklung einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge für das Land Brandenburg



**Danke für Ihre Aufmerksamkeit!**